

# Kanzlei – Info 07/2003

**Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz**  
**Fachanwalt für Arbeitsrecht**

**Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal**  
**Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078**

**Homepage:** <http://www.ra-kotz.de> ~ **E-Mail:** [info@ra-kotz.de](mailto:info@ra-kotz.de)

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

*Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!*

Verfasser: Christian Kotz, Assessor iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

## In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Ärger während der Urlaubsreise – Ihre Ansprüche (auf Seite 1ff.)
- Neuer Bußgeldkatalog für Verkehrsordnungswidrigkeiten und das Handyverbot (auf Seite 5f.)
- Dialerschutzgesetz – endlich verabschiedet! (auf Seite 6)
- Gurtpflicht ab Juli 2004 auch in Bussen und Nutzfahrzeugen? (auf Seite 6)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 7ff.)
- Kurioses zum Schluss – Der Reisemangelprozess – Kakerlaken als Haustiere (auf Seite 10)

## Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

**Wenn man einmal drei Augenzeugen über denselben Verkehrsunfall gehört hat,  
beginnt man nachzudenken, ob an der ganzen Weltgeschichte überhaupt etwas Wahres dran ist.**

Elke Sommer (eigentlich Elke Schletz) geb. 1940 – dt. Schauspielerin

## Ärger während der Urlaubsreise – Ihre Ansprüche:

### I. Einleitung:

**Wenn einer eine Reise tut,  
dann kann er was erzählen.  
Dum nähme ich den Stock und Hut  
und tät das Reisen wählen.**

Matthias Claudius (1740 - 1815) in „Urian's Reise um die Welt“  
Studium der Theologie und der Rechtswissenschaften, Schriftsteller

1. Rund 30 Millionen Pauschalreisen werden jedes Jahr in Deutschland verkauft. Jedoch verlaufen diese nicht immer zur Zufriedenheit der jeweiligen Reisenden ab. Häufig tritt der erste Ärger schon beim Abflug auf, wenn der Flieger erst verspätet kommt oder auf einmal einen Umweg fliegt und man statt vormittags auf einmal erst am Abend am Urlaubsort eintrifft, so dass der erste Urlaubstag nunmehr schon vorbei ist. Es stellt sich dann die entscheidende Frage: „Muss ich mir das gefallen lassen?!“

2. Problematisch bzgl. der Ansprüche im Reiserecht ist die Tatsache, dass es „**das Reiserecht**“ eigentlich nicht gibt. Das Reiserecht ist vielmehr ein Zusammenspiel der gesetzlichen Regelungen der §§ 651a ff. BGB, von Rechtsverordnungen und von erstinstanzlichen Urteilen der Amtsgerichte.

3. Ferner gibt es ein weiteres Problem im Reiserecht. Fehler die der Reisende bezüglich der Geltendmachung seiner Ansprüche am Urlaubsort macht, kann hinterher auch ein Anwalt nicht mehr oder nur mit großer Mühe „ausbü-

geln“. Die nachfolgenden Ausführungen sollen Ihnen daher helfen, solche Fehler zu vermeiden und Ihnen einen kleinen Einblick in das Reiserecht geben.

4. Das Reiserecht unterscheidet hinsichtlich der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen etc. zwischen Pauschalreisen und Individualreisen.

a. Unter Pauschalreisen sind solche Reisen zu verstehen, die aus einem „Leistungspaket“ bestehen. Dieses Leistungspaket enthält in der Regel als Leistung die Anreise zum Urlaubsort sowie Übernachtung, Verpflegung sowie weitere Reiseleistungen (z.B. Ausflüge etc.). Diese Leistungen werden in der Regel von einem Reiseveranstalter organisiert und zu einem einheitlichen Gesamtpreis an den Reisenden verkauft. Die jeweils hinter den Leistungen stehenden „Leistungsträger“ wie z.B. Transportunternehmen, Hotels oder Ausflugsveranstalter fungieren dabei nur als sog. „Erfüllungsgehilfen“ (*für ein Verschulden dieser Personen haftet der Reiseveranstalter in der Regel wie für eigenes Verschulden*) des Reiseveranstalters. Gegen diese stehen dem Reisenden in der Regel keine direkten Ansprüche zu. Der Reiseveranstalter ist daher alleiniger Anspruchsgegner des Reisenden für sämtliche Minderungs- oder Schadensersatzansprüche, Schmerzensgeldansprüche etc..

Das Reisebüro bei dem die Buchung der Reise erfolgt ist, tritt in der Regel auch lediglich als Vermittler zwischen dem Kunden und dem Reiseveranstalter auf und haftet nur für eigene Fehler (z.B. Buchung eines falschen Rückflugs). Ansprüche wegen Reisemängeln sind daher in der Regel auch nicht gegen das Reisebüro zu richten, sondern direkt gegen den jeweiligen Reiseveranstalter, es sei denn, dass Reisebüro ist selbst der Reiseveranstalter.

b. Bei einer Individualreise schließt der Reisende hingegen viele einzelne Beförderungs- (z.B. Flüge, Bahnfahrten etc.) und Beherbergungsverträge mit Hotels oder sonstigen Dritten ab. Der Reisende hat hier mithin immer unterschiedliche Vertragspartner, für die einzelne Minderungs- o. Schadensersatzansprüche etc. bestehen.

c. Bei einer Pauschalreise finden die Normen des Reisevertragsrecht §§ 651a ff. BGB Anwendung. Anspruchsgegner für sämtliche Ansprüche wegen mangelhafter Beförderung, Übernachtung oder Verpflegung bzw. sonstigen Schadensersatzansprüchen ist der jeweilige Reiseveranstalter. Bei einer Individualreise muss der Reisende seine Ansprüche direkt gegenüber dem jeweiligen Vertragspartner geltend machen. Problematisch sind hier vor allem die Fälle, in denen der Vertragsschluss im Ausland erfolgt ist, da in diesen Fällen das Recht des jeweiligen Reiselandes anzuwenden ist.

## II. Wann liegt ein Reisemangel vor?

1. Wenn Sie Ansprüche gegen den Reiseveranstalter geltend machen wollen, muss ein Reisemangel vorliegen. Hierzu enthält § 651c Absatz 1 BGB eine Regelung:

„Der Reiseveranstalter ist verpflichtet, die Reise so zu erbringen, dass sie die zugesicherten Eigenschaften hat und nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen (= *allgemein erwarteten*) oder nach dem Verträge vorausgesetzten (= *einzelvertraglich vereinbarten*) Nutzen aufheben oder mindern.“ Weicht die Reise hiervon ab, spricht man von einem (Reise-)Mangel. Dabei kommt es immer darauf an, ob die Reise insgesamt mangelhaft ist. Dies kann schon der Fall sein, wenn einzelne Reiseleistungen Mängel aufweisen. Ob eine Reise mangelhaft ist, zeigt der Vergleich der Leistungen, die der Veranstalter der Reise nach dem Reisevertrag schuldet mit den tatsächlich von ihm erbrachten Leistungen.

2. Von Reisemängeln zu unterscheiden sind bloße Unannehmlichkeiten, die der Reisende unter Umständen hinnehmen hat. Unannehmlichkeiten stellen zum Beispiel unvermeidliche Begleiterscheinungen des Massentourismus

(z.B. volle Hotels, Lokale und Strände in der Hochsaison) oder landestypische Verhältnisse am Urlaubsort (z.B. andere Hygienevorstellungen) dar.

### III. Was muss der Reisende bei einem Reisemangel unternehmen?

1. Der Reisende muss, wenn ein Reisemangel auftritt, zunächst vom Reiseveranstalter gem. § 651c BGB Beseitigung des Reise-Mangels verlangen, bevor er sonstige Ansprüche (z.B. Minderung des Reisepreises) geltend machen kann. Gem. § 7 InfVO ist der Reiseveranstalter verpflichtet, das Beseitigungsverlangen entgegen zu nehmen, bzw. dafür geeignete Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen und diese dem Reisenden rechtzeitig vor Reisebeginn mitzuteilen. Ansprechpartner sind in der Regel: die örtliche Reiseleitung, die Zentrale des Veranstalters oder eine sonstige vom Veranstalter benannte Kontaktstelle bzw. Kontaktperson. Ist keine dieser Stellen so rechtzeitig erreichbar, dass der Mangel behoben werden kann, kann Abhilfe auch vom jeweiligen Hotel etc., bzw. dessen Vertretern verlangt werden.
2. Für das Beseitigungsverlangen ist gem. § 651 c BGB keine bestimmte Form vorgeschrieben (z.B. Schriftform etc.). Eine bestimmte Form des Beseitigungsverlangens kann auch vom jeweiligen Reiseveranstalter nicht verlangt werden. Es ist aber trotzdem ratsam, das Abhilfeverlangen schriftlich, zumindest aber unter Zeugen zu stellen, weil der Reisende dafür, dass er Abhilfe verlangt hat, später im Prozess oder bei Verhandlungen mit dem Reiseveranstalter die Beweispflicht trägt.
3. Der Reisende sollte dem Veranstalter, bzw. dessen Vertretern für die Beseitigung des Mangels eine angemessene Frist setzen. Denn davon hängt das Recht des Reisenden ab, nach ergebnislosem Fristablauf den Mangel selbst zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen oder den Reisevertrag zu kündigen. Die dem Veranstalter gesetzte Frist muss angemessen sein. Sie muss ihm mithin die realistische Möglichkeit zu einer Abhilfe des Mangels geben. Wie lang die Frist bemessen sein muss, richtet sich deshalb nach dem jeweiligen Einzelfall, in der Regel von 2 bis 14 Tagen.
4. Bei dem Vorliegen eines Reisemangels sollten Sie auf jeden Fall für eine spätere Auseinandersetzung Beweise sichern, die man notfalls in einem späteren Rechtsstreit vorlegen kann. Machen Sie Fotos oder Videoaufnahmen z.B. vom verschmutzten Hotelzimmer etc. und Schreiben Sie sich die Anschriften von Mitreisenden auf, die den Mangel bestätigen können.
5. Wenn die Reise im Sinne des § 651c Abs. 1 BGB mangelhaft war, mindert sich der Reisepreis für die Dauer des Mangels gem. § 638 Abs. 3 BGB. Die Minderung erfolgt in der Weise, dass der Wert der mangelhaften Reise ins Verhältnis zu einer mangelfreien Reise gesetzt wird. Hieraus erfolgt die Höhe der Minderung. In der Regel wird die Höhe der Minderung aber durch den Richter gem. § 638 Abs. 3 S. 2 BGB geschätzt. Wie hoch eine Minderung aufgrund eines Reisemangels ausfällt, hängt in der Regel vom Einzelfall ab. Als Anhaltspunkt kann die sog. „Frankfurter Tabelle“ dienen. Sie wurde vom Landgericht Frankfurt am Main aufgestellt und enthält pauschale Minderungssätze für Reisemängel. Diese Tabelle ist jedoch für die Gerichte und Reiseveranstalter nicht verbindlich und gilt nur als Orientierungshilfe. Die Frankfurter Tabelle finden Sie auf meiner Homepage unter: [http://www.ra-kotz.de/frankfurter\\_tabelle.htm](http://www.ra-kotz.de/frankfurter_tabelle.htm) Zu beachten ist noch, dass die jeweiligen Prozentsätze nicht ohne weiteres addiert werden dürfen!

### IV. Bis wann muss man die Ansprüche gegen den Reiseveranstalter geltend machen?

Nach § 651g Abs. 1 BGB müssen Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche **innerhalb 1 Monats** nach der vertraglich vorgesehenen Beendigung der Reise schriftlich (am besten per Einschreiben mit Rückschein) gegenüber dem Reiseveranstalter **geltend gemacht werden** (z.B. Datum des vertraglich vereinbarten Rückflugs etc.). Grund

für diese zeitliche Begrenzung ist, dass dem Reiseveranstalter zum einen Schwierigkeiten bei der Überprüfung von Mängeln erspart werden sollen und zum anderen verhindert werden soll, dass er seinerseits Regressansprüche gegen seine Leistungsträger nicht mehr oder nur schwer durchsetzen kann. Die Monatsfrist stellt insoweit eine Ausschlussfrist dar, die unbedingt eingehalten werden muss. Ferner müssen in diesem Anspruchsschreiben die Mängel bzw. die geltend gemachten Ansprüche genau bezeichnet werden, so dass der Reiseveranstalter seinerseits den Sachverhalt prüfen kann. Eine genaue Bezifferung der Ansprüche ist hingegen nicht erforderlich. Es sollte aber aus dem Schreiben hervorgehen, dass Sie eine Geldzahlung von dem Reiseveranstalter wollen.

Umstritten ist insoweit, ob die Ausschlussfrist des § 651g BGB auch für deliktische Ansprüche nach §§ 823 ff. BGB (*hierunter fallen Körper-, Gesundheits- und Eigentumsverletzungen*) gegenüber dem Reiseveranstalter gilt. Sollte die Monatsfrist nicht eingehalten haben, wäre dies noch ein letzter „Rettungsanker“, um trotz der Verfristung noch Ansprüche gegen den Reiseveranstalter geltend machen zu können.

Ferner **verjähren die Ansprüche des Reisenden gegen den Reiseveranstalter** gem. § 651g Abs. 2 BGB **innerhalb von 2 Jahren**. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an dem die Reise dem Vertrag nach enden sollte; nicht mit dem Tag an dem die Reise tatsächlich beendet wurde.

Hat der Reisende seine Ansprüche beim Reiseveranstalter angemeldet, wird die Verjährung bis zu dem Tag an dem der Reiseveranstalter die Ansprüche schriftlich zurückweist, gehemmt. Weist der Reiseveranstalter die Forderung zurück, so läuft die Verjährungsfrist ab dem Zugang der Zurückweisung für den Reisenden weiter. Jetzt muss der Reisende handeln, bevor die Ansprüche gegenüber dem Reiseveranstalter verjährt sind.

**Doch Vorsicht!** Der Reiseveranstalter kann die **Verjährungsfrist** gem. § 651 m BGB durch seine Allgemeinen Reisebedingungen (kurz ARB) **auf 1 Jahr verkürzen!** Sind diese ARB wirksamer Bestandteil des Reisevertrags geworden, so verjähren die Ansprüche gegen den Reiseveranstalter schon innerhalb 1 Jahres!

#### **V. Bei Reisemängeln hat der Urlauber folgende Rechte:**

Der Reisende kann gegen den Reiseveranstalter nachfolgende Ansprüche gelten machen, wenn er die Reisemängel gegenüber dem Reiseveranstalter angezeigt hat (s.o.) und dieser nicht in einer angemessenen Frist Abhilfe geschafft hat (*Fristsetzung selbstverständlich nur dann notwendig, soweit sich der Mangel überhaupt beseitigen lässt*).

- 1. Recht zur Selbstabhilfe** gem. § 651 c Abs. 3 BGB: d.h. der Reisende kann den Reisemangel auf Kosten des Reiseveranstalters selbst beseitigen. Der Reisende kann zum Beispiel in ein anderes Hotel ziehen. Doch Vorsicht, die hierfür entstehenden Kosten muss der Reisende später meistens gegenüber dem Reiseveranstalter einklagen.
- 2. Minderung des Reisepreises** gem. § 651 d BGB: (vgl. Ausführungen oben unter III Nr. 5)
- 3. Kündigung des Reisevertrags** gem. § 651 e BGB: Liegt ein schwerwiegender Mangel der Reise vor, so kann der Reisende den Reisevertrag auch kündigen und vom Reiseleiter oder Reiseveranstalter die Rückbeförderung verlangen. Auch bei Naturkatastrophen (*z.B. Wirbelstürmen, Vulkanausbrüchen, Überschwemmungen usw.*), Epidemien, Bürgerkrieg, Aufständen etc. kann der Reisende den Reisevertrag kündigen. Anspruch auf eine kostenfreie Stornierung der Reise hat der Reisende gem. § 651 j BGB jedoch nur dann, wenn ein Fall höherer Gewalt vorliegt.
- 4. Schadensersatz und Schmerzensgeld wegen entgangener Urlaubsfreude** gem. § 651 f BGB: Neben den oben genannten Ansprüchen steht dem Reisenden wegen eines Mangels auch noch ein Schadensersatz- und/oder Schmerzensgeldanspruch zu. Diesen kann er neben den anderen Ansprüchen geltend machen. Zu beachten ist

hierbei, dass ein Schadensersatz- und/oder Schmerzensgeldanspruch nur dann gegen den Reiseveranstalter besteht, wenn dieser den Reisemangel schuldhaft, d.h. vorsätzlich oder fahrlässig verursacht hat. Dabei hat der Reiseveranstalter auch für ein Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen einzustehen. Hierunter fallen alle Personen oder Unternehmen, deren er sich bedient hat, um den Reisevertrag zu erfüllen. Ein Verschulden des Reiseveranstalters kann auch bei fehlerhafter Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Reise oder unzureichender Information des Reisenden vorliegen.

- 5. Ferner stehen dem Reisenden auch noch deliktische Ansprüche der §§ 823 ff. BGB zu.** Zu beachten ist hierbei wiederum, dass ein Schadensersatz- und/oder Schmerzensgeldanspruch nur dann gegen den Reiseveranstalter besteht, wenn dieser den Reisemangel schuldhaft, d.h. vorsätzlich oder fahrlässig verursacht hat. Dabei hat der Reiseveranstalter auch für ein Verschulden seiner Verrichtungsgehilfen einzustehen. Hierunter fallen seine Angestellten und die sonst weisungsgebundenen und abhängigen Personen oder Unternehmen.

#### **VI. Zusatzleistungen erst im Urlaub gebucht, haftet der Reiseveranstalter auch hierfür?**

Wer haftet für mangelhafte Zusatzleistungen, die man erst im Urlaub vor Ort bucht? Nach der Rechtsprechung gehören Zusatzleistungen (z.B. *Ausflugsreise, Urlaubsverlängerung, etc.*) vor Ort zur gebuchten Reise, wenn sie *im Namen des Reiseveranstalters angeboten wurden*.

Der Reiseveranstalter oder sein Repräsentant kann eine Zusatzleistung aber auch *nur vermitteln*. Liegt lediglich eine bloße Vermittlung der Zusatzleistung vor, so zählt diese rechtlich nicht zur beim Reiseveranstalter gebuchten Reise. *Das heißt, Ihr Reiseveranstalter müßte bei einem eingetretenen Schaden nicht haften*. Erforderlich für eine bloße Vermittlung ist, dass der Charakter als Fremdleistung, dass heißt Ihre Erbringung außerhalb des Organisations- und Verantwortungsbereichs des Reiseveranstalters (*aus Sicht eines durchschnittlichen Reisenden*) unmissverständlich klar ist. Eine Vermittlung der Zusatzleistung liegt vor, wenn z.B. der Repräsentant des Reiseveranstalters sagt, dass er die Zusatzleistung für eine andere Firma vermittelt und eindeutige Indizien (z.B. Leistung fakultativ, Buchung vor Ort, gesondert ausgewiesener Preis) hierfür vorliegen. Nach der Rechtsprechung wurden folgende Beispiele als bloße Vermittlungstätigkeit angesehen: Besuch einer Sportveranstaltung vor Ort, Theateraufführung vor Ort, Ausflug am Urlaubsort.

#### **Zum Abschluss der Reiserechtführung:**

*Man sollte im Urlaub nicht auf alle nachteiligen Umstände achten, sondern sich vornehmlich entspannen. Denn:*

**Wer reisen will, muss zunächst Liebe zu Land und Leute mitbringen, zumindest keine Voreingenommenheit. Er muss guten Willen haben, das Gute zu finden anstatt es durch Vergleiche tot zu machen.**

Theodor Fontane (1819 - 1898) – dt. Schriftsteller

#### **Aus der Politik etc.:**

#### **I. Neuer Bußgeldkatalog für Verkehrsordnungswidrigkeiten und das „Handyverbot“:**

Kein Angst, es gibt noch keinen neuen Bußgeldkatalog für Verkehrsordnungswidrigkeiten. Es gibt lediglich seit dem 10.02.2003 einen Arbeitsentwurf zur Änderung der Bußgeldkatalog-Verordnung. Wann der neue Bußgeldkatalog in Kraft tritt, steht allerdings noch nicht fest.

Interessant ist jedoch, dass in diesem Änderungsentwurf wiederum die „Handy-Benutzung“ im Straßenverkehr ein Thema ist. Mit der Änderung werden die Verwarnungsgeldregelsätze für Zuwiderhandlungen gegen § 23 Abs. 1a StVO (*Verbot des Telefonierens mit dem Hörer in der Hand, sog. „hand-held“* -

Verbot) in der Bußgeldkatalog-Verordnung gestrichen. Wie es die Erfahrungen der für die Verkehrsüberwachung zuständigen Behörden wohl gezeigt haben, reicht ein Verwarnungsgeld für die notwendige „Abschreckung“ nicht aus. Das Verbot wird immer noch in erheblichem Umfang von den Verkehrsteilnehmern missachtet. Aufgrund dieser Tatsache soll in Zukunft bei Zuwiderhandlungen statt eines Verwarnungsgeldes eine Geldbuße verhängt werden, die **auch im Verkehrszentralregister in Flensburg eingetragen wird!**

*Diese Verschärfung kann wegen der Regelung des § 1 Abs. 2 BKatV allerdings nicht im Rahmen des Bußgeldkataloges erfolgen. Die im Bußgeldkatalog bestimmten Beträge gehen hiernach von fahrlässiger Begehung aus. Anders als bei den meisten Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten kommt ein fahrlässiger Verstoß gegen § 23 Abs. 1a StVO aber kaum in Betracht. Selbst ein Fahrzeugführer, der die Vorschrift nicht kennen sollte, handelt im „vermeidbaren Verbotsirrtum“ und damit vorsätzlich.*

Für die Zuwiderhandlung gegen § 23 Abs. 1a StVO soll die Geldbuße in Zukunft 40,00 € bei Kraftfahrern und 25,00 € bei Radfahrern betragen. Ferner erfolgt ein Eintrag in das Verkehrszentralregister in Flensburg!

## **II. Dialerschutzgesetz endlich verabschiedet!**

Der Bundesrat hat nun endlich am 11.07.2003 den Gesetzentwurf zum besseren Schutz vor Missbrauch durch 0190er- und 0900er-Nummern verabschiedet. **Das Gesetz enthält folgende Neuregelungen:**

- Der Verbraucher erhält einen Auskunftsanspruch gegenüber der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation über den jeweiligen Betreiber der 0190er-/0900er Mehrwertdiensterufnummer.
- Die 0900er-Mehrwertdienste-Rufnummern werden in einer Datenbank erfasst und unter **<http://www.regtp.de>** veröffentlicht.
- Die Dienstleister sind verpflichtet bei der Werbung für und bei der Inanspruchnahme von 0190er-/0900er-Mehrwertdienste-Rufnummern die Preise anzugeben. Dies gilt mit einer Übergangsfrist von 1 Jahr nach Inkrafttreten auch für die Inanspruchnahme aus Mobilfunknetzen.
- Die Preisobergrenzen und die Pflicht zur Zwangstrennung nach einer Stunde werden eingeführt (Preisobergrenze von 2,00 Euro/Minute und 30,00 Euro pro Einwahl).
- Die Befugnisse der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation werden klar gestellt. Diese soll insbesondere bei gesicherter Kenntnis von einer rechtswidrigen Nutzung diese Nummer entziehen können. Außerdem müssen Dialer nunmehr vor der Inbetriebnahme bei der Regulierungsbehörde registriert werden.
- Daneben sollen die datenschutzrechtlichen Vorgaben zur Speicherung der 0190er-/0900er-Mehrwertdiensterufnummern überarbeitet werden.

## **III. Gurtpflicht ab Juli 2004 auch in Bussen und Nutzfahrzeugen?**

Die EU-Kommission hat im Juni 2003 einen neuen Richtlinienvorschlag angenommen, der ab Juli 2004 den Einbau von Sicherheitsgurten auch in Klein- und Omnibussen, leichten Nutzfahrzeugen, Lastkraftwagen und weiteren Fahrzeugtypen vorschreibt. Spätestens ab dem 09.05.2006 soll für Kinder unter 3 Jahren das Anlegen eines Sicherheitsgurts sowie die Verwendung spezieller Rückhaltesysteme vorgeschrieben sein.

Die EU-Kommission hat ferner im Juni einen neuen Richtlinienvorschlag angenommen, der neue technische Normen für die „Verbesserung der Sicherheit von Kraftfahrzeugen“ vorsieht. Die Maßnahmen beziehen sich in erster

Linie auf Nutzfahrzeuge (*Lieferwagen, Lastkraftwagen, Anhänger usw.*) und Omnibusse. Zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit müssen die Fahrzeuge u.a. ausgestattet sein mit: ABS, leistungsfähigeren Rückspiegeln, stärkerer Lichtsignalanlage und einem verbesserten Seitenschutz (um zu verhindern, dass Radfahrer oder Fußgänger unter das Fahrzeug geschleudert werden). Ein weiterer Punkt dieses Vorschlags ist, dass Stadt- und Reisebusse behindertengerecht ausgelegt sein müssen. Zudem müssen reservierte Plätze und zweckdienlich angeordnete Stellplätze für Rollstuhlfahrer vorhanden sein. Reisebusse müssen ferner bei seitlichem Kippen ausreichenden „Überlebensraum“ aufweisen. Zudem ist die Zulassung von Abschleppvorrichtungen, Reifen, Scheiben usw. strengerem Vorschriften unterworfen. Diese Bestimmungen werden ab Januar 2006 eingeführt, wobei je nach Fahrzeugtyp eine Frist gesetzt wird, die spätestens 2010 ausläuft. Von dieser Richtlinie werden jedoch lediglich Neufahrzeuge erfasst. Nähere Informationen finden Sie unter: <http://europa.eu.int/comm/enterprise/automotive/index.htm>

### Interessante Urteile – Kurz notiert!

#### I. Wirksamkeit von Schwarzgeldabreden im Arbeitsverhältnis? Bundesarbeitsgericht – Az.: 5 AZR 690/01 – Urteil vom 26.02.2003

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Eine arbeitsvertragliche (*kann auch mündlich erfolgen!*) Abrede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Arbeitsvergütung ohne Berücksichtigung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und damit „schwarz“ auszuzahlen, führt in der Regel nicht zur Nichtigkeit des Arbeitsvertrags. Lediglich der Teil der arbeitsvertraglichen Abrede, der sich auf die Nichtabführung der Steuern und sonstigen Beiträge bezieht ist nichtig.

**Sachverhalt:** Zwischen dem klagenden Arbeitnehmer und seinem Arbeitgeber war ein Bruttomonatslohn von 2.750 DM vereinbart. Ferner hatte der Arbeitgeber dem Kläger ein Arbeitgeberdarlehen in Höhe von 25.000 DM gewährt. Als weiteres Arbeitsentgelt sollten monatlich 750 DM von diesem Arbeitgeberdarlehen, quasi als Tilgung, abgezogen werden. Trotz wiederholter Aufforderungen stellte der Arbeitgeber dem Kläger weder einen Vertrag über das Arbeitgeberdarlehen, noch erstellte er eine Abrechnung unter Berücksichtigung des monatlichen Einbehalts von 750 DM aus. Der Arbeitnehmer klagte nun und behauptete, dass dieser Teil der Arbeitsvergütung noch „nicht gezahlt“ worden sei.

**Entscheidungsgründe:** Das Bundesarbeitsgericht wertete diese Abzahlungsvereinbarung zwischen dem Kläger und seinem Arbeitgeber nicht als eine nichtige „Schwarzgeldabrede“ nach § 134 BGB in Verbindung mit § 263, 266a StGB und § 370 AO. Nach der Auffassung des Bundesarbeitsgerichts stellt die Vereinbarung eine „Schwarzgeldabrede“ dar, da die 750 DM monatlich abzugsfrei verrechnet werden sollten, obwohl sie einen Teil der vereinbarten Arbeitsvergütung darstellten. Diese Vereinbarung führt jedoch weder zur Nichtigkeit des Arbeitsvertrags noch zur Nichtigkeit der Zusatzvereinbarung. Nichtig ist lediglich der Teil des Arbeitsvertrags, der sich darauf bezieht über die 750 DM keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abzuführen. Ein Arbeitsvertrag ist lediglich dann wegen einer Schwarzgeldabrede nach § 134 BGB komplett nichtig, wenn der Hauptzweck der arbeitsvertraglichen Vereinbarung ist, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu hinterziehen.

Dieses Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/schwarzgeld.htm>

**II. Elternteil der das Sorgerecht hat, darf seine Arbeitszeit wegen Kindererziehung reduzieren!**  
**OLG Koblenz – Az.: 11 UF 88/02 – Urteil vom 11.07.2003**

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Entscheidet sich der Sorgeberechtigte nach der Scheidung dafür seine Arbeitszeit zu vermindern, um sich einer intensivierten Betreuung der/des Kindes/er zu widmen, so muss der unterhaltspflichtige Ex-Ehegatte höhere Unterhaltszahlungen leisten.

**Sachverhalt:** Die Ex-Ehefrau verlangte von ihrem Ex-Ehemann einen höheren nachehelichen Ehegattenunterhalt. Sie hatte das alleinige Sorgerecht für die gemeinsame Tochter übertragen bekommen. Während der Ehe waren beide Ehegatten ganztätig berufstätig und die gemeinsame Tochter war in einer Ganztageseinrichtung untergebracht. Nach der Ehescheidung arbeitete die Ex-Ehefrau nur noch halbtags mit der Begründung, dass die gemeinsame Tochter nunmehr eine intensivere Betreuung und Zuwendung bedürfe. Der Ex-Ehemann weigerte sich jedoch, die Unterhaltszahlungen entsprechend zu erhöhen. Er war der Auffassung, dass es seiner Ex-Ehefrau auch nach der Scheidung zuzumuten sei, ganztags zu arbeiten.

**Entscheidungsgründe:** Nach Ansicht der Richter des OLG Koblenz kann die Ex-Ehefrau von ihrem Ex-Ehemann einen höheren Unterhalt nach § 1570 BGB verlangen. Denn ein Kind bedarf gerade nach der Scheidung seiner Eltern einer besonders intensiven Betreuung und Fürsorge. Wenn sich daher die/der Sorgeberechtigte für eine Verringerung der Arbeitszeit entscheidet, muss der Unterhaltspflichtige auch höhere Unterhaltszahlungen leisten. Grund für die höhere Unterhaltszahlung ist allein die Tatsache, dass sich die Betreuungssituation des Kindes nach der Scheidung gravierend verändert hat. Auf die Tatsache, dass der Sorgeberechtigte durch die Verringerung seiner Arbeitszeit ein geringeres Einkommen erzielt, kommt es letztendlich nicht an.

**III. Bei Gefälligkeitsarbeiten besteht kein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung!**  
**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz – Az.: L 2 U 370/02 – Urteil vom 23.05.2003**

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Wer bei „Gefälligkeitsarbeiten/-leistungen“ für Freunde oder Bekannte einen Unfall erleidet, hat keinen Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung.

**Sachverhalt:** Der Verunfallte ist Versicherter in der gesetzlichen Unfallversicherung. Er half der Ehefrau eines Bekannten beim Abnehmen einer Gardine und beim Putzen von Fensterscheiben. Hierbei fiel er von einer 4 m hohen Leiter herunter und verletzte sich schwer. Der Kläger und seine Frau waren Mieter einer Wohnung im Haus der Bekannten. Zugleich war die Ehefrau Pächterin einer Gaststätte im gleichen Haus.

Die Krankenkasse des Verunfallten verlangte später die Erstattung ihrer Ausgaben von der gesetzlichen Unfallversicherung mit der Begründung, dass es sich bei dem Unfall um einen versicherten Arbeitsunfall gehandelt habe. Die gesetzliche Unfallversicherung lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, dass es sich lediglich um Gefälligkeitsarbeiten unter Freunden gehandelt habe, für die kein Versicherungsschutz bestehe.

**Entscheidungsgründe:** Das Landessozialgericht wies die Klage ab. Für Hilfeleistungen im Rahmen eines privaten Besuchs besteht kein Versicherungsschutz über die gesetzliche Unfallversicherung.

**IV. Schwimmbadbetreiber haften nicht für Stürze auf nassen Treppen im Schwimmbad!**  
**Landgericht Coburg – Az.: 1 C 351/02 – Urteil vom 09.04.2003**

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Ein Schwimmbadbetreiber muss im Schwimmbad in der Regel nicht für trockene Treppenstufen sorgen! Jeder Schwimmbadbesucher muss in Bereichen, die mit nasser Badekleidung benutzt werden, damit rechnen, dass der Boden nass ist. Stürzt ein Schwimmbadbesucher aufgrund



der Nässe und verletzt er sich hierbei, so kann er in der Regel keinen Schadensersatz und kein Schmerzensgeld vom Schwimmbadbetreiber wegen einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht verlangen.

**Sachverhalt:** Der Kläger war in einem Schwimmbad auf dem Weg von den Duschen zu den Umkleidekabinen auf einer nassen Treppenstufe gefallen. Hierbei verletzte er sich an seiner Kniescheibe und seine Brille wurde zerstört. Der Schwimmbadbetreiber weigerte sich, an dem Kläger ein Schmerzensgeld in Höhe von 2.000 Euro und Schadensersatz für die zerstörte Brille in Höhe von 450 Euro zu zahlen.

**Entscheidungsgründe:** Das Landgericht Coburg wies die Klage ab. Der Kläger hatte gegenüber dem Schwimmbadbetreiber keinen Anspruch auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. In der Regel hat der Schwimmbadbetreiber zwar eine Verkehrssicherungspflicht, jedoch führt diese nicht dazu, die Badegäste vor allen erdenklichen Gefahren zu schützen. Dies ist weder für den Schwimmbadbetreiber zumutbar noch praktikabel. In einem Schwimmbad muss jeder Besucher jederzeit mit Wasser auf dem Boden rechnen. Fällt man nun aufgrund der Nässe hin, so gehört dies zum allgemeinen Lebensrisiko. Hieraus können keine Schadensersatz- oder Schmerzensgeldansprüche abgeleitet werden.

<b>V. Ausblick wird durch nachbarliche Bauten gestört. Muss man dies hinnehmen?</b> <b>Landgericht Coburg – Az.: 33 S 34/03 – Urteil vom 13.05.2003</b>
--

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Einen generellen Anspruch auf einen hindernisfreien Ausblick hat ein Hauseigentümer gegenüber seinem Nachbarn nicht. Einen Anspruch auf Beseitigung der „nachbarlichen Bauten“ hat man nur dann, wenn man durch diese in unzumutbarer Weise in seinen Licht- und Sichtverhältnisse eingeschränkt wird.

**Sachverhalt:** Die Nachbarn des Klägers errichteten in ihrem Garten einen 3 Meter hohen Freisitz, der sich rund 3,5 Meter von dem Küchenfenster der Klägers befand. Der Kläger sah hierin eine erhebliche Beeinträchtigung der Lichtverhältnisse in seiner Küche und verklagte die Nachbarn auf Beseitigung des Freisitzes.

**Entscheidungsgründe:** Die Richter des Landgerichts Coburg gaben der Klage statt. Der Freisitz muss abgerissen werden, da sich durch ihn die Licht- und Sichtverhältnisse in der Küche des Klägers unzumutbar verschlechtern haben. Aus dem nachbarlichen Gemeinschaftsverhältnis folgt, dass der Kläger solche Beeinträchtigungen nicht hinnehmen muss und die Beseitigung solcher Bauten fordern kann.

<b>VI. 6-Monatsfrist für Mietminderung gilt seit 01.09.2001 nicht mehr!</b> <b>Bundesgerichtshof – Az.: VIII ZR 274/02 – Urteil vom 16.07.2003</b>
---

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Seit dem In-Kraft-Treten der Mietrechtsreform zum 01.09.2001 gilt die alte gesetzliche Regelung nicht mehr, dass die Mieter die Miete nur mindern können, wenn sie den Mangel dem Vermieter innerhalb von 6 Monaten nach Kenntniserlangung anzeigen. Ab dem 01.09.2001 kann die Miete im Einzelfall auch nach Ablauf der 6-Monatsfrist gemindert werden.

**Sachverhalt:** Der verklagte Mieter ist seit 1979 Mieter einer Wohnung der Klägerin. In die Nachbarwohnung zog später eine lärmende Großfamilie. Der Mieter minderte die Miete um 70 DM pro Monat, nach dem er den Lärm der Großfamilie 2 Jahre ertragen hatte und diese sich nicht anschickte ihre Aktivitäten ein wenig einzustellen. Die klagende Vermieterin forderte vom Mieter die entstandenen Mietrückstände. Die Klageforderung beinhaltete auch 70 DM Mietrückstände für den Monat September 2001.

**Entscheidungsgründe:** Der Bundesgerichtshof gab der Klage bis auf den Rückstand für September 2001 statt. Der Mieter muss der Vermieterin die noch ausstehenden Mietrückstände zahlen. Für diese Zeit gilt noch die alte Gesetzeslage des § 539 BGB analog a.F., hiernach erlischt das Recht zur Mietminderung, wenn der Mieter mit der Geltendmachung seiner Ansprüche mehr als 6 Monate wartet. Für die Zeit nach dem 01.09.2001 gilt das neue Mietrecht. Hiernach ist es nicht ausgeschlossen, dass der Mieter auch noch nach der 6-Monatsfrist einen Anspruch auf Mietminderung geltend macht.

**VII. Unfallverursacher müssen auch die Kosten eines unrichtigen SV-Gutachtens übernehmen!**  
**OLG Saarbrücken – Az.: 3 U 292/02 – Urteil vom 14.01.2003**

**Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!):** Der Geschädigte hat auch dann einen Anspruch auf Ersatz der Kosten für ein Sachverständigengutachten, wenn sich das Gutachten später im Prozeß etc. als unrichtig erweist. Eine Ausnahme hiervon ist nur dann gegeben, wenn der Geschädigte schuldhaft einen ungeeigneten Gutachter ausgesucht; den Gutachter täuscht oder mit diesem in betrügerischer Absicht zusammengearbeitet hat.

**Sachverhalt:** Der Kläger hatte nach einem Autounfall ein Sachverständigengutachten zur Schadenshöhe des Unfallschadens eingeholt. Im Prozeß stellte sich heraus, dass dieses Gutachten falsch war. Die Kosten hierfür begehrte er weiterhin.

**Entscheidungsgründe:** Der Unfallverursacher bzw. seine Versicherung muss dem Kläger auch die Kosten des falschen Sachverständigengutachtens ersetzen, denn der Geschädigte hat nach einer verkehrsunfallbedingten Beschädigung seines Fahrzeugs grundsätzlich einen Anspruch auf Ersatz der Kosten für ein eingeholtes Gutachten. Die Kosten sind auch dann zu ersetzen, wenn sich das Gutachten später als falsch erweist.

**Kurioses – der Reisemangelprozess: Kakerlaken als Haustiere:**

**Fall vom Amtsgericht Bad Homburg** (veröffentlicht in NJW - RR 1996, 820 f.): Die Kläger machten in Tunesien Urlaub und bekamen in ihrem Hotelzimmer „Kakerlaken-Besuch“. Die Kakerlaken liefen hierbei über die Bekleidung der Kläger. Aufgrund dieser Tatsache warfen die Kläger ihre Kleidung einfach weg. Wieder zuhause angekommen verklagten sie ihren Reiseveranstalter auf Schadensersatz wegen verlorener Urlaubszeit und Wertersatz für die Kleidungsstücke. Jedoch kamen sie an einen wenig verständnisvollen Richter, denn dieser wies ihre Klage ab.

**Zusammenfassung aus den Entscheidungsgründen des Urteils:** Nach Auffassung des Richters gehören Kakerlaken in Tunesien zu den Haustieren und treten in allen Hotels (auch Spitzenhotels) auf. Dies ist nach Ansicht des Richters auch nicht zu verhindern. „Kakerlaken sind zwar ein lichtscheues, lästiges Ungeziefer, wie auch andere Insekten, die ebenfalls häufig in südlichen Ländern auftreten, aber bisher ist noch kein anderer Reisender nachweislich auf die Idee gekommen, Kleidungsstücke einfach wegzuworfen, weil einige Kakerlaken damit Kontakt hatten, denn die Kakerlaken gehören als Geradflügler zu der Insektenfamilie der Schaben, die auch in Deutschland nicht selten auftreten und sich vornehmlich in warmen Backstuben sowie warmen Heizungsschächten aufhalten. Jeder deutsche Bäcker kann ein Lied von den Kakerlaken singen und er käme nicht auf die Idee, seine Mehlvorräte wegzuworfen, weil Kakerlaken damit in Berührung kamen. Die Kakerlaken sind abgesehen von ihrem massenhaften Auftreten generell ungefährliche Insekten. Wenn sich die Kläger vor den Kakerlaken geekelt hätten, dann hätten sie ihre Kleidungsstücke waschen können, aber es bestand überhaupt keine Veranlassung, die Kleidungsstücke wegzuworfen. Wenn die Kläger den Kakerlaken aus dem Weg gehen wollten, dann hätten sie nicht nach Tunesien reisen dürfen, zumal sie offensichtlich überempfindlich sind.“ **Was soll man dazu noch sagen? Schönen Urlaub! Hoffentlich ohne K.....**